Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

114. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 9.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50 (ausschließlich Postbestellgeld). Auslandsversand: monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf. Abend-Ausgabe 30 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig und der Sächsischen Staatsministerien Dresden sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Konpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Konpareillezeile M. 3.50, v. außerh. M. 4.—; kleine Anzeigen die Konpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.80, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreis für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro M. Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7594. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig

Nr. 432 — **Donnerstag, den 16. September** — **1920**

Der polnische Anschlag auf Oberschlesien

Enthüllungen über die polnischen Putschpläne

Eine Note der deutschen Regierung.

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 15. September.

Die deutsche Regierung hat durch den deutschen Bevollmächtigten für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien beim Präsidenten der interalliierten Kommission in Oppeln, General Lerond, gestern eine Note übergeben, die sich mit den polnischen Putschplänen befaßt, über die wir im gestrigen Abendblatt berichtet haben:

„Die deutsche Regierung ist im Besitze von polnischen Operationsplänen und organisatorischen Anordnungen, von Meldungen und Befehlen, die in ihrer Gesamtheit einen neuen Beweis für die Absicht einer gewaltsamen Besetzung Oberschlesiens und für das Bestehen einer hierzu geschaffenen geheimen polnischen Kampforganisation erbringen. Es wird anheimgestellt, die Originaldokumente im Auswärtigen Amt durch einen Bevollmächtigten einsehen zu lassen. Aus dem Material ergeben sich folgende Einzelheiten, die zum Teil auch den Schlüssel zu den Vorgängen der letzten Wochen liefern:

Das gesamte Abstimmungsgebiet ist von der geheimen Organisation in 9 Bezirke gegliedert, die Unterabteilungen nach den landräthlichen Kreisen und 74 Rayons umfassen. Innerhalb der Rayons sind Zehnerschaften organisiert, die die kleinste Kampfeinheit darstellen. Jeder Rayon muß mindestens verfügen über eine Sturm- und eine Maschinengewehr-Zehnerschaft, um die sich Infanterie-Zehnerschaften gruppieren. Die Zehnerschaften bestehen aus besonders verpflichteten Ortseingesessenen. Nach dem Stande vom 1. Juli 1920 zählte diese Organisation 11736 Köpfe.

Daneben besteht die in die Rayons eingegliederte Hilfsorganisation des polnischen Selbstschutzes der Hütten-, Gruben- und Eisenbahn-, Sport- und Gesangvereine (die sogenannten Sokols). Zu ihr gehört auch der Verband der Haller-Truppen, der Anfang Juli bereits 2000 Mann umfaßte, und dessen Mitglieder durch Vermittelung des polnischen Roten Kreuzes in Beuthen ihren militärischen Sold weiterhielten. Aufgabe der Hilfsorganisation ist die

überraschende Wegnahme der industriellen Anlagen und Eisenbahnen

sowie die Verhinderung unerwünschter Truppentransporte. Die Leitung der Gesamtorganisation ruht bei dem Obersten Kommando, das auf polnischem Boden in Sosnowice seinen Sitz hat, und dem die 9 Bezirke unmittelbar unterstellt sind. Dem Obersten Kommando liegt die Verständigung mit den polnischen höheren Behörden ob. Aufgabe der Organisation ist, sich der sogenannten Operationsbasis zu bemächtigen. Diese umfaßt die Kreise Tarnowitz, Beuthen, Hindenburg, Kattowitz und Pleß, also den Hauptindustriebezirk. Zur Durchführung dieser Aufgabe sollen aus einem Teil der Einheiten dieser Kreise 3 Bataillone Infanterie, eine Stoßtrupp- und Maschinengewehrkompanie überraschend zusammengezogen werden, um die Ostgrenze der Basis, etwa die Linie Teschenkin-Sosnitza-Dembina, zu besetzen. Die übrigen Einheiten, formiert zu einem Bataillon Infanterie, 3 Stoßtrupp- und 3 Maschinengewehrkompanien, sollen, unterstützt vom Selbstschutz, die in der Basis gelegenen Städte nehmen und etwaigen deutschen Widerstand brechen. Insgesamt wurde Mitte Juli hierfür mit rund 10 000 Mann gerechnet, darunter die obenerwähnten 2000 Mann vom Verband der Hallertruppen.

In enger Verbindung hiermit steht ein Aufmarschplan, nach welchem auf polnischem Boden bereitgestellte Streitkräfte sich zu gegebener Zeit des gesamten Abstimmungsgebietes bemächtigen sollen. Diese Streitkräfte versammeln sich bei Czenstochau, Bendzin, Sosnowice, Jaworzno, Jelen und Oswiecim. Der Plan sieht vor Bahntransport bis in die Linie Lublinitz-Loslau im Kreise Rybnik, von dort entweder weiterer Bahntransport oder Fußmarsch auf besonders zugewiesenen Marschstraßen bis zur Westgrenze des Abstimmungsgebietes mit anschließender Besetzung der Grenze. In einem Operationsbefehl vom 11. Juli 1920 mit der Unterschrift „Joosey alias Laskewsky, Chef des Stabes", wird im Interesse der Geheimhaltung befohlen, es solle den eigenen Leuten vorgespiegelt werden, daß der Zweck der Organisation die Abwehr einer deutschen Ueberrumpelung sei.

Die deutsche Regierung beehrt sich, der interalliierten Kommission von vorstehendem Kenntnis zu geben. Sie glaubt, gerade im gegenwärtigen Augenblick ihre früheren Warnungen eindringlich wiederholen zu sollen, weil sie zuverlässige Nachrichten von einer in Vorbereitung befindlichen polnischen Aktion hat. Ein schweres Verhängnis, für das die interalliierte Kommission die Verantwortung tragen würde, ist von dem Abstimmungsgebiet nicht mehr abzuwenden, wenn nicht schleunigst die durch den August-Aufstand geschaffenen Zustände beseitigt und die polnischen Vorbereitungen für neue Aufstandsbewegungen unterdrückt werden.

Bei der polnischen Regierung, der Friedenskonferenz, dem Heiligen Stuhl, den Kabinetten in London, Paris und Rom sind die erforderlichen Schritte unternommen worden."

Die polnischen Friedensbedingungen

Die uneinigen Polen.

(Eigener Drahtbericht.)

Warschau, 15. September.

Der Rat der nationalen Verteidigung besprach abermals die Friedensbedingungen Polens. Es ist kennzeichnend für die Ungeschicktheit der Organisation, daß drei Wochen nach Beginn der Friedensverhandlungen mit den Russen die Friedensbedingungen noch immer nicht feststehen. Ueber die Bedingungen selbst haben sich zuerst die Parteien gezankt, dann sind auch im Kabinett divergierende Ansichten hervorgetreten. Auch die polnischen Kreise, die einen Friedensschluß wollen, sind verschiedener Ansicht über die Bedingungen selbst. In erster Linie ist es die litauische Frage, welche die Parteien in zwei Lager spaltet. Pilsudski selbst verfolgt von jeher die Politik, ein möglichst großes Litauen zu schaffen, das sogenannte „historische" Litauen, das einen Pufferstaat zwischen Polen und Rußland bilden sollte. Pilsudski ist der Ansicht, daß man sogar von Polen bewohntes Gebiet opfern sollte, um dieses Ziel zu verwirklichen. Dagegen fordern die nationalistischen Elemente, daß man dieses Gebiet Polen einverleiben und das polnische Gebiet vollständig, insbesondere Wilna selbst, annektieren sollte. Welche von den beiden Parteien den Sieg davontragen wird, ist um so schwerer vorherzusagen, als die Litauer selber für ein kleineres Litauen sind, aber mit Wilna.

Auf alle Fälle will man die litauische Frage unter keinen Umständen in Riga zur Sprache bringen, sondern man will versuchen, direkte Verhandlungen mit Litauen in Mariampol zu führen. Es ist aber anzunehmen, daß die Russen, die mit Litauen einen Frieden abgeschlossen haben, in Riga fordern werden, daß dieser Friedensschluß von den Polen anerkannt werden soll.

Die ukrainische Frage ist auch ein Punkt, der dem polnischen Kabinett große Schwierigkeiten macht. Die Nationalisten bestehen darauf, daß die Vertreter der Ukraine in Riga erscheinen und an den Verhandlungen teilnehmen sollen, da die Ukraine eine verbündete Macht sei, die mit Polen zusammen gekämpft habe, also auch zusammen verhandeln müsse. Dagegen möchte Fürst Sapieha, der wohl weiß, daß daran die gesamten Verhandlungen scheitern könnten, mit dieser Frage die Friedensverhandlungen nicht belasten. Fürst Sapieha zeigt sich in dieser Frage seit der Ankunft des Vertreters von Petljura sehr energisch. Er weigerte sich, Herrn Sykoffsky offiziell zu empfangen und empfing ihn nur in seiner Privatwohnung bei einem Abendessen. Natürlich sind die Nationalisten darüber empört und verlangen jetzt um so kräftiger, daß die Ukraine zusammen mit Polen verhandeln soll. Uebrigens ist gestern die gesamte ukrainische Delegation abgereist. Dagegen hat sich der General Machroff ein eigenes Bureau in Warschau eingerichtet.

Die Polen möchten, wie wir zuverlässig erfahren, die Grenze fordern, die die deutschen Schützengräben nach Osten bilden, also eine eigentlich viel ausgedehntere Grenze, als die sogenannte Curzon-Linie. Vorläufig steht nur das fest, alles andere ist noch Gegenstand der Verhandlungen. Man nimmt allgemein an, daß die Russen die 15 Punkte fallen lassen und viel günstigere Forderungen stellen werden.

Der Märtyrer von Cork

Der Tod des hungernden Bürgermeisters das Zeichen zum Aufstand?

(Drahtbericht.)

Paris, 14. September.

„Journal" meldet aus London: Es scheint, daß man, falls der Lordmayor von Cork stirbt, mit ernsten Unruhen in Irland rechnen muß. Die Frauen der englischen Offiziere, die in Irland dienen, wurden aufgefordert, nach England abzureisen. Eine gleiche Maßregel wurde kürzlich in Mesopotamien ergriffen. Sie deutet darauf hin, daß man vor einer offenen Rebellion steht. Der Lordmayor von Cork hat eine schlechte Nacht verbracht. Gestern haben die Restaurants, Hotels und Kaffees in Dublin während zweier Stunden ihren Betrieb vollkommen eingestellt, da sich das Personal nochmals in die Kirche begab, um dort einer Messe für den Lordmayor von Cork beizuwohnen.

London, 15. September.

Der „Times"-Korrespondent meldet aus Dublin, daß die Verhandlungen über die Lösung der irischen Frage scheitern werden, wenn man den Bürgermeister von Cork im Gefängnis sterben lasse. Die „Times" fordern in ihrem Leitartikel auf Grund dieser Tatsache die sofortige Freilassung des Oberbürgermeisters.

Präsidentenwechsel in Frankreich?

Millerand lehnt eine Kandidatur ab.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 15. September.

Die gestrigen Meldungen über die Verschlechterung des Zustandes des Präsidenten bestätigen sich. Die heutigen Morgenblätter bringen übereinstimmend eine Meldung, nach der sich der Ministerpräsident morgen nach Paris begeben wird. Am Freitag wird ein Kabinettsrat stattfinden, in dessen Verlauf die Präsidentenfrage aufgeworfen werden wird. Es scheint demnach, daß eine schnelle Zusammenrufung der Kammer zu einer außerordentlichen Sitzung erfolgen werde, um eine Mitteilung der Regierung entgegenzunehmen. Diese Mitteilung wird in der Vorlage des Rücktrittsgesuchs Paul Deschanels und der Berufung der Kammer bestätigt, einen neuen Präsidenten zu wählen. Man nimmt an, daß diese Ereignisse sich im Laufe der nächsten Woche abspielen werden. Nachdem Millerand und Bourgeois erklärt haben, keine Kandidatur der Präsidentschaft annehmen zu wollen, werden alle möglichen Namen genannt: Ribot, Jonnard und Cams, Gleyene, Ommergne, Raul, Pert und Castelnau. Man hofft, daß sich die meisten Politiker wieder auf eine bestimmte Persönlichkeit einigen werden, damit durch die einstimmige Wahl die lückenlose Einheit bekundet wird.

Genf und Brüssel

Die Absage Frankreichs an Genf ist nicht sowohl ein überlegener Schachzug der Diplomatie Millerands, als vielmehr das Eingeständnis der Furcht und der Schwäche, der Wirklichkeit der Dinge gegenüberzustehen. Frankreich will nicht nach Genf, weil es nach seiner Auffassung sonst von Trugbildern und Selbsttäuschungen loskommen muß, von denen es politisch und wirtschaftlich lebt. Es will die Vorstellung nicht preisgeben, daß der Vertrag von Versailles Schicksalswerk sei, das nicht nur im Wesen, sondern auch dem Buchstaben nach keine Aenderung vertrage. Es will nicht hören und erfahren, daß die Wiedergutmachung sich nur auf Tatsachen gründen kann, daß insbesondere die Leistungspflicht in ein Verhältnis zur Leistungsfähigkeit gesetzt werden muß. Die deutschen Vertreter haben das Kohlenabkommen von Spa in der Voraussetzung unterzeichnet, daß die Regelung des Schadenersatzes auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands Rücksicht nehmen würde. Auf diese Lage kommt es schließlich an, nicht auf die Methoden, die der Versailler Vertrag paragraphierte. Zugegeben, daß Frankreichs Finanzen zerrüttet sind. Dem Haushaltsausschuß des französischen Senats hat Paul Doumer eine Aufstellung der französischen Staatsschuld vorgelegt, die nur den einen Fehler hat, daß sie nicht vollständig ist. Um die Belastung des französischen Volksvermögens zu ermessen, ist nicht nur wichtig, den Grad seiner Verschuldung zu kennen, sondern auch den seiner Verluste. Die Staatsschuld beträgt 233 Milliarden Frank, die rein zahlenmäßig die Kosten der französischen Politik seit fünfzig Jahren darstellen. Aber es ist noch eine Verschiebung eingetreten, die Doumer nicht berücksichtigt. Frankreich hat den größten Teil seiner Kapitalanlagen im Auslande entweder, wie die zaristischen Milliarden, eingebüßt, oder aber mobilisiert und verpfändet, so daß sie für das Volksvermögen selbst als Verlust oder als unsichere Posten einzusetzen sind. Wie groß Frankreichs finanzielle Schwierigkeiten sind, dafür zeugt beispielsweise die bei Morgan unergebrachte Anleihe von hundert Millionen Dollar. Sie ist nicht neues Geld, sondern nur dazu bestimmt, einen Teil der Fünfhundert-Millionen-Dollar-Anleihe von 1915 abzulösen, zu welchem Zwecke Frankreich also Kredit in Anspruch nehmen mußte. Und diesen Kredit ließ sich Morgan mit 10 Prozent bezahlen. Auf der andern Seite kommt hinzu, daß die Spannung zwischen Einnahmen und Ausgaben im französischen Staatshaushalt immer größer wird. Anleihen und Ausdehnung der Notenausgabegrenze der Bank von Frankreich reichen zur Deckung nicht aus. An ein Steuersystem, das alle Quellen erfaßt, wagt sich der französische Finanzminister noch immer nicht heran. Wozu auch? Seit Jahr und Tag ist dem französischen Volke versprochen worden, Deutschland werde und müsse alles bezahlen. Diesem Gelöbnis wurde durch den Vertrag von Versailles greifbarer Ausdruck gegeben, ohne zu prüfen, ob Deutschlands finanzielle und wirtschaftliche Energien dazu ausreichten.

Clemenceaus Politik ließ sich nur von einer Triebkraft leiten: Deutschland muß zerstört werden. Folgerichtig suchte er die Kraftquellen Deutschlands abzudrosseln, indem er uns im Westen die Eisenerze wegnahm und im Osten die Kohlen, d. h. das oberschlesische Gebiet wegzunehmen suchte. Auch darin war diese Politik folgerichtig, daß sie Deutschland eine finanzielle Leistungspflicht auferlegte, deren Erfüllung selbst vor dem Kriege unsere Kräfte übersteigen haben würde. Das war nicht Zufall oder Mangel an Sachkenntnis, sondern Absicht. Der Vertrag sieht für die Nichterfüllung Strafen vor, deren Vollzug Deutschland wirtschaftlich und staatlich zusammenbrechen lassen müßte. Aber gerade das will die französische Politik, die das germanische Gespenst so sehr fürchtet, daß sie über den Tag nicht mehr hinauszusehen vermag. Und gerade das ist das Wesen der Staatskunst, die mögliche oder wahrscheinliche Entwicklung vorauszusehen, das Unabänderliche hinzunehmen oder so zu gestalten, daß die Vorteile die Nachteile aufwiegen. Millerand hat das Vermächtnis Clemenceaus übernommen. Dies Vermächtnis besteht aus einem Satz: Der Vertrag von Versailles muß ausgeführt werden.

Der Franzose hat ein anders geartetes Rechtsempfinden, als es sonst bei europäischen Völkern üblich ist und die feinste Blüte ihrer geistigen und seelischen Entwicklung darstellt. Für das Rechtsempfinden des Franzosen spielt es keine Rolle, daß die Unterschrift Deutschlands erzwungen, daß sie nicht freiwillig geleistet wurde. Immer wieder müssen wir hören, daß Deutschland verpflichtet sei, das zu leisten, was es im Vertrage unterzeichnet habe. Grundsätzlich haben wir unsere Leistungspflicht anerkannt. Der verlorene Krieg ist eine geschichtliche Tatsache, die nicht ohne Wirkungen für das europäische machtpolitische System sein und bleiben kann. Aber der Krieg hat nicht nur politische, vielmehr auch wirtschaftliche und finanzielle Folgen gehabt, die sich ohne gegenseitige Hilfe nicht beseitigen lassen.

Wenn der Wiederaufbau Europas nicht zu einer Redensart werden soll, so muß an irgendeiner Stelle etwas getan werden, um diesen Aufbau vorzubereiten. Frankreich vermag das Verständnis für die Notwendigkeit der gegenseitigen Hilfe nicht aufzubringen. Das ist eine Wirkung seiner wirtschaftlichen und handelspolitischen Abgeschlossenheit, in der es seit Jahrzehnten verharrte. Es verstand und versteht nur mit dem durch die eigenen Kolonien erweiterten Markt zu rechnen. Daß Europas Wirtschaft engmaschig zusammenhängt, das leuchtet nicht einmal den französischen Volkswirten ein. Allein war Frankreich schon vor dem Kriege nicht das selbstgenügsame Wirtschaftsgebiet, so ist es gerade durch den Versailler Frieden in die europäische Wirtschaft völlig hineingezogen worden. Die Wegnahme Elsaß-Lothringens hat seine industrielle Grundlage in einem Maße ausgedehnt, daß es mit der Vorstellung des geschlossenen und zollpolitisch geschützten Wirtschaftsgebietes aufräumen muß. Das mag für Frankreich schwer sein, zumal da es auf der anderen Seite die sich schneidenden Interessen der gegen Deutschland gerichteten Politik zu wahren sucht. Und diese Interessen legt er wieder einseitig und